



Karin Medits - Steiner

Zahlreiche Anfragen und Forderungen unseres Teams Karin Medits-Steiner und zwei offene Briefe der Leiter:innen-ZAG waren notwendig, bis Bildungsstadtrat Wiederkehr zu einem Runden Tisch ins Rathaus geladen hat.

Anwesend waren Vertreter:innen aus dem BMBWF, der Stadt Wien, der BD, Vertreter:innen der L-ZAG und der Vorsitzende und ich als Stv. Vorsitzende der wienweiten Personalvertretung (ZA-Zentralausschuss).

Unsere Forderungen an BMBWF und BD waren u.a.

- ein Jahresarbeitsplan aller organisatorischen und pädagogischen Arbeiten mit einer verbindlichen Timeline, terminlich akkordiert zwischen dem BMBWF und der BD
- längere Implementierungszeiträume für gesetzliche Innovationen
- · Administrationsteams an Wiener Schulen

Es sind Vereinbarungen vor Ort getroffen worden und es gibt bereits einen Folgetermin für September.

Ich bin Lehrer von Beruf

Besonders was den täglichen Einkauf an Lebensmitteln betrifft, spüren die Teuerung immer

mehr Familien. Ein warmes Mittagessen wird so in manchen Familien zu einem Luxus, besonders wenn man bedenkt, dass jedes fünfte Kind in Österreich armutsgefährdet ist.

Die Stadt Wien setzt daher einen wichtigen Schritt gegen die Teuerung, in diesem für viele Familien wichtigen Bereich.

Das Mittagessen in allen ganztägig geführten offenen Pflichtschulen wird gratis. Durch das kostenlose Mittagessen werden 23.500 Familien entlastet. Damit bleiben Eltern jährliche Kosten erspart, bei zwei Kindern wären das 2000 Euro pro Jahr. Geld, das in vielen Familien dringend gebraucht wird.

Dazu kommt noch das Maßnahmenpaket der Stadt Wien vom April, mit dem unter anderem die Unterstützung für mehrtägige Schulveranstaltungen ausgeweitet wird. Anspruch darauf gibt es nun auch schon für dreitägige Veranstaltungen, bisher galt er erst ab fünf Tagen. Auch der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde erweitert. In etwa steigt die Unterstützung bei einer fünftägigen Veranstaltung um zehn Prozent.

Nicht vergessen werden soll in diesem Zusammenhang auch, dass in den öffentlichen Pflichtschulen für alle Schüler:innen am Beginn jeden Schuljahres Materialien (Hefte, Stifte etc...) zur Verfügung gestellt werden. Eltern müssen diese Dinge also nicht selbst kaufen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!



Mag. Roland Csai

Ich möchte Sie nicht mit dem bereits vielfach verwendeten Zitat von Hermann Hesse quälen: "Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben", aber mir ist es trotzdem in den Sinn gekommen, als ich begonnen habe, diese Zeilen zu schreiben. Wie wird der Schulanfang sein? Besser als im letzten Jahr?...alles Fragen, die sich mir gestellt haben. Aber genauso auch die Frage, was getan wurde, um den Beginn erträglicher zu gestalten. Viele Änderungen gab es im vergangenen Schuljahr, die den Ablauf etwas "holprig" werden ließen. Die Umstellung auf Bundesbesoldung und das Reisemanagement des Bundes, Projekte des Minoritenplatzes, haben noch Luft nach oben. Viel Ballast für Schulleiter:innen und Lehrer:innen kommt vom Bundesministerium und erschwert den Alltag an unseren Schulen.

Gleichzeitig müssen sich die Bildungsdirektionen in ihre neue Rolle hineinfinden, die sie durch das Bildungsreformgesetz 2017 erhalten haben. Auch hier gibt es noch viel Optimierungspotential, damit die Bildungsdirektion ihren versprochenen Servicecharakter erhält.

Aber im Grunde genommen ist es nicht so interessant, von wem die

Steine in den Weg gelegt werden, sondern wie man sie aus dem Weg räumt. Meines Erachtens wird das nur durch die Zusammenarbeit aller Akteure klappen: Ministerium, Bildungsdirektion, Personalvertretung.

Aufgrund zahlreicher Anfragen und Forderungen hat Bildungsstadtrat Wiederkehr zu einem Runden Tisch geladen, der mit konkreten Vereinbarungen geendet hat und zu dem es einen Folgetermin im September geben wird.

Ein ganz wichtiger Schritt, in die hoffentlich richtige Richtung, der frei von "Zauber" dazu beiträgt, dass das nächste Schuljahr unsere Schulen "leben" lässt. Aber diesem Schritt müssen viele folgen, damit irgendwann vielleicht wirklich wieder einem Anfang ein (positiver) Zauber innewohnen kann.



MMag. Dr. Thomas Bulant

Ein Chancenindex würde Wiens Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen! Die Personalvertretung ist gefordert.

Vor den Sommerferien hat die österreichische Armutskonferenz in einer Enquete alarmierende Zahlen zu unseren Pflichtschulen präsentiert. Die von Ministerin Hammerschmid mit der Bildungsreform 2017 geplante Verordnung zur Einführung eines Chancenindex haben ihre beiden Nachfolger, Fassmann und Polaschek, nicht verlautbart. An Stelle dieser wichtigen Verordnung, die für eine gerechte Chancenverteilung im österreichischen Schulsystem sorgen und somit viele Lehrerinnen und Lehrer in Wien entlasten würde, hat das Bildungsministerium das Pilotprojekt "100 Schulen – 100 Chancen" gestartet. Dieses Projekt kann aber nur einen geringen Anteil der Schulstandorte abdecken. Hundert teilnehmende Schulen bedeutet, dass nur jede elfte Pflichtschule mit großen Herausforderungen berücksichtigt wird. Und selbst wenn sich das Pilotprojekt nur an Volksschulen richten würde, könnte nur jeder vierte Volksschulstandort in Österreich teilnehmen. In Wien dünnt sich die potentielle Unterstützung aufgrund der Anhäufung von Schulen mit besonders großen pädagogischen Herausforderungen noch mehr aus. Den Ausgleich leistet iede Wiener Lehrkraft mit ihrem täglichen Einsatz, der aber im Laufe eines Schuljahres zur immensen persönlichen Belastung werden kann. Wäre das nicht ein Grund, dass die Personalvertretung gemeinsam mit dem Wiener Rathaus in den Kampf zieht?

Vorarlberg und Wien haben ähnliche Herausforderungen: Steigende Schüler:innenzahlen und die Abwanderung von Lehrkräften in Nachbarländer setzen die im Dienst verbleibenden Lehrkräfte immer mehr unter Druck. Den hohen sonderpädagogischen Förderbedarf und die notwendige Deutschförderung vieler Kinder müssen sich die Schulen selbst finanzieren, weil das Finanzministerium die Ressourcen dafür gedeckelt hat. In beiden Bundesländern haben bereits erste Schulleitungen ihre Schulleitungsfunktion zurückgelegt, weil sie die bestehenden Verhältnisse nicht mehr mittragen wollten beziehungsweise konnten. Das BIFIE bescheinigt beiden Bundesländern, dass rund 40 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler mit dem sinnerfassenden Lesen mittlere bis große Probleme haben.

Der ÖVP-Landeshauptmann und die Personalvertretung mit roter Mehrheit in Vorarlberg kennen keine politischen Berührungsängste, wenn es darum geht, das Bundesministerium im Sinne der Pflichtschulen in die Pflicht zu nehmen. Wenn es um die Ursachen der aktuellen Problemflut geht, sind sich Landespolitik und Gewerkschaft in Vorarlberg einig: Es sind die großen Reformen, die seit mehr als 20 Jahren verhindert worden sind bzw. zuletzt nicht einmal mehr angedacht werden. Tageszeitungen wie der Kurier schreiben in diesem Zusammenhang von einem Bildungsnotstand. Österreich richtet seine pädagogischen Reförmchen noch immer nach der Schulorganisation von 1962 aus. Zu dieser Zeit rief eine Schulleitung noch mit einem Viertel-Festnetztelefon bei einem Unfall nach der Rettung und Lehrkräfte vervielfältigten Arbeitsblätter mit einer Spiritus-Matrize.

Wien kann sich als Schulerhalter mangelnde Investitionen nicht vorwerfen lassen. Von einer Warenkorb-Aktion, gratis Mittagessen an allen Ganztagesschulen und dem Neubau von rund 100 Schulklassen pro Jahr können andere Gemeinden nur träumen. In Wien sind solche Leistungen Standard. Trotz administrativer Hilfskräfte belastet die Bürokratie inklusive einer überfrachteten Software namens WISION unsere Schulen, und die Wiener Bildungsdirektion ist um nichts besser als jene der anderen Bundesländer. Sein Versprechen, aus der Bildungsdirektion eine Servicestelle für alle Schulpartner zu organisieren, hat der Wiener Bildungsdirektor bis heute nicht eingelöst. Die großen Brocken, die seitens der Schulen zu tragen sind, haben ihren Absender aber nicht in der Wipplingerstraße oder am Rathausplatz, sondern am Minoritenplatz: Die Umstellung auf Bundesbesoldung und das Reisemanagement des Bundes sowie Deutschförderklassen oder dienstrechtliche und besoldungsrechtliche Missstände haben die Bildungsminister zu verantworten.

Dies beim Namen zu nennen schmerzt die schwarze oder türkise Mehrheit in Wiens Personalvertretung. Somit sind wir beim großen Unterschied zu Vorarlberg. Während in Vorarlberg Dienstgeber und Dienstnehmervertretung zusammenarbeiten, betreiben einige Wiener Funktionsträger als Vorfeldorganisation der Wiener ÖVP einen Dauergemeinderatswahlkampf. Ergebnis? In den letzten 15 Jahren hat sich die Arbeitssituation an den Wiener Pflichtschulen verschlechtert.



20. ÖGB-Kongress

Vom 20. bis 22. Juni fand der 20. ÖGB-Kongress in Wien statt. • Die Familienpolitik nimmt auch einen zentralen Punkt im ÖGB-Programm für die nächsten fünf Jahre ein.

In Österreich liegt die Kinderbetreuung nach wie vor zum großen Teil bei den Frauen. Die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ist immer noch eine Herausforderung und Frauen müssen in den ersten Lebensjahren des Kindes entweder zu Hause bleiben oder in Teilzeitbeschäftigung arbeiten

Denn einerseits gibt es noch viel zu wenige Kinderbildungseinrichtungen, die eine Vollzeitbeschäftigung der Mütter ermöglichen und andererseits sind die Einkommensverluste einer Familie im Durchschnitt geringer, wenn Frauen eine Teilzeitbeschäftigung ausüben.

Der ÖGB fordert:

Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungs platz ab dem 1. Geburtstag des Kindes. Die Einführung soll mittels eines fünfjährigen Stufenplans erfolgen, beginnend mit dem Jahr 2023. Die notwendigen finanziellen, organisatorischen und personellen Ressourcen sind dafür sicherzustellen.

- Kinderbildungsplätze müssen qualitativ hochwertig, ganztägig sowie ganzjährig zur Verfügung stehen. Dabei sind auch besonders die Bedürfnisse von Beschäftigten mit abweichenden Regelarbeitszeiten zu berücksichtigen.
- Einführung eines Bundesrahmengesetz für Kinderbildungseinrichtungen, in welchem zum Beispiel die Öffnungszeiten, die Gruppengrößen und die erforder lichen Ausbildungen für alle Berufsgruppen in der Ele mentarpädagogik geregelt werden.
- Schaffung der Rahmenbedingungen für eine rasche Umsetzung eines verpflichtenden und beitragsfreien zweiten "Kindergartenjahres" für alle.

Die FSG-GÖD war durch ein starkes Frauenteam vertreten, das sich gemeinsam mit der ÖGB-Bundesfrauenvorsitzenden Korinna Schumann für die Umsetzung vieler frauenpolitischer Themen einsetzt und eine Verbesserung in vielen Bereichen fordert.

Unser Support für WISION, Gehaltszettel, Reiserechnung......

FSG-Quick









September	ORtober	November	Dezember	Janner	Februar	Marz	April	Mai	Juni	Juli
1 Fr	1 50	I MI Attendition	1 Fr	T Mo Naujai	1 Do	1 Fr	I Mo Ostur-	I MI Totaler	1 Sa	1 Mo
2 5a	2 Mo	2 Do 🗚	2 Sa	2 Di	2 Fr	2 Sa	2 Di	2 Do	2 50	2 Di
3 So	3 Di	3 Fr	3 50	3 Мі	3 5a	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Мо	iM E
4 Mo Schul	4 Mi	4 5a	4 Mo	4 Do	4 50	4 Mo	4 Do	4 5a	4 Di	Somme
5 Dí	5 Do	5 50	5 Di	5 Fr	5 Mo Semester	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	ferien
6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa House	6 Di ferien	6 Mi	6 Sa	6 Mo	6 Do	bis 1.9.202
7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Mi	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	
8 Fr	8 50	8 Mi	8 Fr Emilion	8 Mo	8 Do	8 Fr	8 Mo	8 Mi	8 Sa	8 Mo
9 Sa	9 Mo	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Fr	9 Sa	9 Di	9 Do Hammelfalm	9 So Vaterta	9 Di
10 So	10 Di	10 Fr	10So	10 Mi	10 Sa	105o	IOMi	10 Fr	10 Mo	IOMI
II Mo	II Mi	11 Sa	II Mo	II Do	II So	II Mo	II Do	11 Sa	11 Di	II Do
12 Di	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 Mo	12 Di	12 Fr	12 So Muttertag	12 Mi	12 Fr
13 Mi	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa	13 Di	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do	13 Sa
14 Do	145a	14 DI	14 Do	14 So	14 Mi	14 Do	14 So	14 DI	14 Fr	14 So
15 Fr	15 So	15 Mi +11 Less	15 Fr	15 Mo	15 Do	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Sa	15 Mo
16 Sa	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Fr	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di
17 So	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Sa	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo	17 MI
I8Mo	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do	18 So	18 Mo	18 Do	185a Pfingst-	18 Di	18 Do
19 Dí	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 Mo	19 Di	19 Fr	195a Program	19 Mi	19 Fr
20Мі	20Fr	20Mo	20Mi	205a	20Di	20Mi	205a	20Мо Флоды-	20Do	205a
21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Mi	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So
22Fr	225o	22 Mi	22Fr	22Mo	22Do	22Fr	22Mo	22Mi	225a	22Mo
235a	23Mo	23 Do	235a	23Di	23Fr	235a	23Di	23Do	235o	23Di
245o	24Di	24 Fr	2450 Heliger Abend	24Mi	245a	2450	24Mi	24Fr	24Mo	24Mi
25Mo	25Mi	25 Sa	25Mg beeng	25Do	25So	25Mo Oster	25Do	255a	25Di	25Do
26Di	26Do National	26 So	26Di 🔤	26Fr	26Mo	26Di ferien	26Fr	265o	26Mi	26Fr
27Mi	27Fr	27 Mo	27Mi Weih-	275a	27Di	27Mi	275a	27Mo	27Do	275a
28Do	285a Herbst	28 Di	28Do nachts-	285o	28Mi	28Do	28So	28Di	28Fr Schul- schluss	285o
29Fr	2950 ferien	29 Mi	29Fr ferien	29Mo	29Do	29Fr	29Mo	29Mi	295a	29Mo
305a	ЗОМо	30Do	305a	30Di		305a	30Di	30Do ≥onleitman	30So	30Di
	31 Di		31 So	31 Mi		3150 Cum		31 Fr		31 Mi

Hinzu kommen im Schuljahr 23/24 drei schulautonom freizugebende Tage.



Karin Medits - Steiner

Eine Jahresplanung für Schulen, die die Arbeiten der Schulleiter:innen und Lehrer:innen im Jahreskreis zusammenfassen, soll die Planbarkeit für das Schuljahr 2023/24 erleichtern.

In mehreren Besprechungen, wo ich als Stellvertretende Vorsitzende der wienweiten Personalvertretung (ZA) gemeinsam mit Vertreter:innen der L-ZAG und den Spitzenverantwortlichen der BD zu den Inhalten und einer verbindlichen Timeline diskutierten, war die Jahresplanung eine zentrale Forderung.

Es geht um feststehende Termine, Aufgaben im Präsidialbereich und pädagogische Arbeiten, die im Jahreskreislauf zu erledigen sind. Ziel war auch, dass man Doppelgleisigkeiten erkennt und vermeidet. Zeit muss auch sein, dass man Prioritäten der Informationen erkennt und nur diese weiterleitet.

Wenn Sie diese Zeitung in den Händen halten, soll für jeden Schulstandort eine Handreichung für Schulen aus der Bildungsdirektion fertig sein. Damit ist eine große Forderung von uns umgesetzt worden. Wir bleiben hartnäckig, sollte es wider Erwarten eine Verzögerung geben.

Derzeit herrscht ein Lehrer:innenmagel in allen Bundesländern. Es ist an der Zeit, dem auch entgegen zu wirken.

Arbeiten, die nicht primär der Pädagogik und damit der Bildung unserer Schüler:innen zukommen werden von unseren Kolleg:innen vor Ort nicht erledigt werden können. Abfragen, Umfragen, Listenerstellung und Testungen müssen von außerschulischen Institutionen durchgeführt werden.

Ich wünsche uns allen ein erfolgreiches Schuljahr 2023/24.

GEWINNER SEHEN ANDERS AUS

Markus Hauptmann

Oft fragen mich ja die Menschen: "Sag Haupti, wieso bist du damals eigentlich Volksschullehrer geworden?

Warum die kleinen Haserln und nicht die Größeren aus Gymnasium, Mittelschule, Poly?"

Ganz ehrlich?

Bevor ich das mach, geh ich lieber nüchtern auf ein Gabalier-Konzert.

Also erstens wollte ich nie in einer Klasse stehen, in der die ganzen Instagram-Influenzer:innen sitzen, die im Monat das Zehnfache von mir verdienen.

Und zweitens: Ich halt Pubertierende nicht aus. Diese zu Mensch gewordenen Ribiselkuchen. Letztens war ich beim Billa an der Kassa und vor mir ist so ein Pubertier gestanden. Die Verkäuferin hat ihn gefragt: "Sammeln Sie Treuepunkte?" Seine Antwort: "Nein, das is Akne."

Aber der absolute Megagrund warum ich nicht in einer höheren Schule unterrichte: Ich versteh die Jungen heute nicht mehr.

Diese Jugendsprache hat sich ja komplett verändert. Als ich damals angefangen hab zu unterrichten, Ende der 90er Jahre, hats ja noch die "Krocha" gegeben. Bammm Oida. Fix Oida.

Ein Penis war kein Penis sondern ein Alimentenkabel.

Der Allerdümmste in der Klasse war nicht der Klassendepp. Nein. Das war der Alpha-Kevin.

Und heute versteh ich die Jungen ja schon gar nicht mehr.

Die Jungen heute sagen zum Beispiel zu einem Zeugnis nicht mehr Zeugnis. Die sagen: Fünferpasch.

Hausübungen als Teil der Mitarbeit

Hausübungen werden detailliert in § 17 Abs 2 SchUG geregelt. Aus dieser Regelung ergibt sich, dass Hausübungen eine Ergänzung der Unterrichtsarbeit sind.

Sie dienen der Wiederholung und Festigung des Stoffes, der in der Schule durchgenommen wurde. Die Aufgaben müssen so gewählt werden, dass diese ohne fremde Hilfe zu bewältigen sind. Daraus ergibt sich, dass Hausübungen nicht dazu da sind, neue Stoffkapitel selbstständig zu erarbeiten. In § 4 Abs 1 lit b LBVO wird auf Hausübungen verwiesen, wodurch klar ist, dass Hausübungen einen Teil der Mitarbeitsleistungen darstellen. Somit sind sie im Rahmen der Mitarbeit zu bewerten und nicht als eigenständige Leistung, die gesondert beurteilt wird.

Sie fließen somit in die Gesamtschau der Mitarbeit ein und werden am Ende eines Beurteilungszeitraumes mit den anderen Leistungen zu einer Gesamtnote der Mitarbeit.

Ob Schüler:innen Hausübungen zu erbringen haben, liegt bei den Leh-

rer:innen. Es handelt sich um eine Kann-Bestimmung. In § 17 Abs 2 SChUG findet sich auch eine Schutzbestimmung im Zusammenhang mit Hausübungen: "Bei der Bestimmung des Ausmaßes der Hausübungen ist auf die Belastbarkeit der Schüler, insbesondere auf die Zahl der Unterrichtsstunden an den betreffen-



den Schultagen, die in den übrigen Unterrichtsgegenständen gestellten Hausübungen und allfälligen Schulveranstaltungen Bedacht zu nehmen." Lehrer:innen der einzelnen Unterrichtsgegenstände sollten sich also untereinander absprechen, damit es zu keiner Überlastung kommt. Die Kontrolle der Einhaltung dieser Schutzbestimmung obliegt dem Klassenvorstand, dieser Umstand ergibt sich aus § 54 Abs 2 SChUG (Koordinationspflicht). Verboten ist das Auftragen von Hausübungen, wenn diese in den Ferien erledigt werden müssten oder an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen.

Ein Ü 40 Festl in einer Disco ist für sie eine Gammelfleischparty.

Aber bei mir wars ja damals auch nicht anders. Ich bin ja ein Kind der achtziger

Jahre. Wenn ich damals zu meiner Oma gesagt hab:

"Ich hau mich jetzt vorn Commodore", hat sie geglaubt, ich will mich umbringen.

Apropos: Die Achtziger waren ja auch verantwortlich dafür, dass ich später Lehramt studiert hab. Ich bin ja sozusagen ein Vertreter dieser NO FUTURE Generation. Und dieser Slogan war eben schuld, warum ich Lehrer wurde. Ich hab mir damals nämlich gedacht:

"Wenn ich jetzt schon keine Zukunft hab, dann wenigstens am Nachmittag frei!"

Gelandet bin ich in der Ganztagsschule. Gewinner sehen anders aus.

Schönen Schulstart wünscht euch

Markus

Markus Hauptmann ist Volksschullehrer und Kabarettist in Wien. Sein Programm "Lang stirbsam - Showdown im Lehrerzimmer" ist noch bis Ende des Jahres zu sehen. Alle Termine wie immer auf: www.markushauptmann.com



unseren Kolleg:innen

Karin Medits - Steiner



Auch für das Schuljahr 2023/24 werden diese wieder Ihre unterstützenden Begleiter im Schulalltag sein. Zu Schulbeginn finden Sie diese in ihrem Postfach an ihrem Schulstandort.

Bitte mailen Sie uns, sollte dies nicht der Fall sein, an: office@fsg-pv.wien









Von der Wissensgesellschaft zur Bewertungsgesellschaft"

Priv.-Doz. Dr. Rudolf Beer

In den 70er - Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich in einer nachindustriellen Gesellschaft das Konzept der Wissensgesellschaft (vgl. Bell, 1979), Daniel Bell erkannte, dass theoretisches Wissen die wichtigste Ressource in postindustriellen Gesellschaften war und damit Wissenschaft, Wissen und Wissensarbeit in der Produktion zum zentralen Moment wurden. Nachfolgende Postulate von der Dienstleistungsgesellschaft bis zur Informationsgesellschaft führten den Gedanken weiter und setzten weiterhin auf die zentrale Bedeutung von Wissen in entwickelten Gesellschaften.

In den letzten 20 Jahren hat der Kompetenzbegriff alle gesellschaftspolitischen wie auch bildungswissenschaftlichen Kontexte durchdrungen. Damit wurden solche "bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen und variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können" (Weinert 2002, S. 27f) zum Zielmoment jeglicher Lernprozesse. Der Wissensbegriff ging im Kompetenzbegriff auf (kognitive Fähigkeiten) und rückt zunehmend mehr aus der zentralen Aufmerksamkeit. Aber Baumert und Kunter (2011, S. 33) erinnerten mit Blick auf Lehrer:innenbildung: "Es besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass Wissen und Können – also deklaratives, prozedurales und strategisches Wissen – zentrale Komponenten der professionellen Kompetenz von Lehrkräften darstellen". Die Kompetenz von Lehrkräften vollzieht sich also nur in der untrennbaren Verbindung von Berufswissen, Berufskönnen und Berufsethik zu einer Einheit (vgl. Terhart 2000 zit. nach Stiller 2013, S. 94). Damit stellten die genannten Autor:innen auch die enge Beziehung zwischen Wissen und Können außer

Demnach muss Wissen als unabdingbare Voraussetzung für Kompetenz verstanden werden. Damit operationalisiert sich Wissen in Problemlösungen, in beobachtbarem Können. Und erst Wissen in Form von pädagogischen Theorien hilft Lehrkräften pädagogische Sachverhalte möglichst präzise zu fassen und am Ende auch kritisch reflektieren zu können. Dazu liefert Wiater (2015, S. 81) mit Verweis auf Bloom (1973) ein höchst interessantes Kompetenzstufenmodell in Bezug auf geistige Tätigkeiten.

> Beurteilung/Bewertung Synthese Analyse Anwenden Verstehen Wissen

Abb.: Kognitive Lernziele (vgl. Wiater, 2025, S. 81)

(1) Wissen ist die Grundlage aller Verstehensprozesse – wer nichts weiß, kann auch nichts verstehen. Erst das (2) Verstehen, macht eine sinnvolle (3) Anwendung des Wissens möglich – Können basiert auf Verstehen. Die (4) Analyse, also das Ganze systematisch in seine Bestandteile zu zerlegen, verlangt nach vorangegangenen Wissen, Verstehen und Können, baut dann weiteres Wissen auf. Die (5) Synthese wiederum, als aufbauender Prozess des Zusammensetzens mehrerer Einzelteile zu einem neuen Ganzen, braucht alle vorangegangenen Kompetenzstufen, sonst ist sie zum Scheitern verurteilt. Eine sinnvolle (6) Beurteilung bzw. Bewertung von Sachverhalten setzt fundiertes Wissen, Verstehen, Können sowie die Fähigkeit zur Analyse und Synthese einer Sache voraus.

Unter dem Mantel der kritischen Bürgerschaft werden wir nur allzu oft im täglichen Leben in einer Konsumgesellschaft aufgefordert Bewertungen abzugeben, Sachverhalte, Produkte, Aussagen, wissenschaftliche Modelle oder Alltagsweisheiten. aber auch Menschen zu beurteilen. Nichts ist schneller abzugeben als ein bewertender (oft vernichtender) Kommentar – Daumen hoch oder Damen runter, oder ein Klick – so einfach geht das.

Selbstkritik ist angebracht, im Sinne der Bloomschen Taxionometrie: Was weiß ich, was verstehe ich, was kann ich – wer bin ich? Sonst ist die Gefahr allzu groß, aus einer Wissensgesellschaft in eine bloß konsumierende Bewertungsgesellschaft hineinzukippen.

Literatur:

Bell, Daniel (1979): Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. Stiller, Edwin (2005): Lehrer werden – Lerner bleiben. Kompetenzen, Standards und Berufsbiografie. In: Kostrzewa, Frank (Hrsg.); Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern. Tagungsband, Eitorf: Gata, S. 97-112.

Terhart, Ewald (2002): Standards für die Lehrerbildung. Eine Expertise für die Kultusministerkonferenz. Münster.

Weinert, Franz E. (2002): Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim –Basel: Beltz. Wiater, Werner (2015): Unterrichtsplanung. Prüfungswissen – Basiswissen Schulpädagogik. Augsburg: Auer.

Jeden Mittwoch neu!

Ihr Gratis-Newsletter-Abo zu allem was für Lehrer:innen nützlich ist, erhalten Sie, wenn Sie uns an mittwochsinfo@fsq-pv.wien diesbezüglich schreiben!

aktueller, schneller, besser



"KINDERBESCHÜTZERIN!"

Eine Hommage an Lehrende und ein Weckruf an den Staat

"Immer mehr psychische Probleme von Kindern!" "Macht die Schule Lehrer:innen und an der Gemeinschaft. Es gibt – noch – Lehrpersonen, die dies schaffen, allen und Schüler:innen krank?" "Immer mehr Schüler:innen und Lehrer:innenburnout!" Auf diese Schlagzeilen trifft man heute nahezu täglich!

"Die Schule hat einen wunderschönen Namen. Der griechische Begriff Scholé bedeutet Muße - ein Ort, an dem man füreinander Zeit hat, einander zuhört, zueinander findet und sich aneinander reibt, gemeinsam zu Neuem unterwegs ist, gemeinsam lernt. Dies ist der tiefe Sinn von Schule - konstruktive Muße. Lernen braucht Zeit - eben Scholé!"

Treffender als der Schweizer Erziehungswissenschaftler Carl Bossard kann man nicht formulieren, worum es bei Schule und Unterricht geht! Österreichs Pflichtschule ist per Gesetz eine "Zwangsanstalt"! Alle Menschen, die in Osterreich aufwachsen, haben diese zumindest neun Jahre lang zu besuchen - in jener Lebensphase, die für ihre Entwicklung und für ihre Lebenschancen die bedeutendste ist!

Die staatliche Bildungshoheit macht es dem Ort, der Scholé, die produktive Muße sicherstellen sollte, nicht leicht: Für den Schüler:innennutzen bedeutungslose Unterrichtsenergie vernichtende Bürokratietsunamis, der schleichende Entzug von Erziehungsmitteln, die den Kindern nahebringen sollten, welches Verhalten gemeinschaftsfördernd ist und dass nachhaltiges Fehlverhalten Folgen nach sich zieht. Schönreden, Tabuisieren, negative Leistungen, die nicht so genannt werden dürfen, Lügen, Verunsicherung, Sinnlosigkeitsgefühle, Stress und Frust für alle, siehe oben! Schule muss heute mehr denn je ein "Schutzraum" für junge Menschen sein – in ihm gedeihen Vertrauen, erfolgreiches Lernen, Ehrlichkeit, Freude an der Leistung

Widrigkeiten zum Trotz. Der Staat hat die Widrigkeiten schleunigst zu beseitigen her mit einer optimalen Lehrer:innenbildung und ebensolchen schulföderalen Struk-

Ein Fünfjähriger, Spross einer Lehrer:innenfamilie, wird gefragt, welchen Beruf seine Großmutter ausübt: "Meine Momi ist Kinderbeschützerin!"

Ernst Smole, Cellist, Musikerzieher, Dirigent

Koordination des BILDUNGS & FÖDERAL:PLANES FÜR ÖSTER-REICH 2030 Leiter des Int. Nikolaus Harnoncourt Forum für Kunst, Bildung & Wissenschaft, 1080 WIEN



österreichweiter

15.06.23

AKTIONSTAG BILDUNG

ichwillschule.at

Gewerkschaftlicher Protest im Herbst für eine bessere Schule

Inwieweit die Politik den Sommer dafür genutzt hat, die Arbeitsbedingungen an den Pflichtschulen zu verbessern, wird die Gewerkschaft zu Schulbeginn in einer Bundesleitungssitzung bewerten. Die Forderungen der Lehrerinnen und Lehrer hat die Gewerkschaft Bund und Ländern zu Ferienbeginn

"Insbesondere die Verhandlungen zum Finanzausgleich werden darüber entscheiden, ob unsere Schulen multiprofessionelle Teams und administrative Hilfskräfte tröpfchenweise oder flächendeckend und langfristig gesichert erhalten werden", äußert sich Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG, gegenüber den Medien. "Wenn die Bundesregierung die Bildung wieder einmal als Stiefkind des Finanzausgleichs behandelt und an ihrem ideologischen Pädagogikpaket mit Deutschförderklassen und Ziffernnotenzwang festhält, sind gewerkschaftliche Maßnahmen gemeinsam mit den Schulpartnern unausweichlich. Ein Streiktag wäre das emotional am stärksten besetzte Mittel. Dienst nach Vorschrift und Boykottmaßnahmen über einen längeren Zeitraum könnten hingegen den Minoritenplatz ins Wanken bringen."





Schulen und Eltern wehrten sich im Juni mit einer kreativen Demonstration gegen die verfehlte Bildungspolitik der Bundesregierung. Das Team Karin Medits-Steiner dankt allen, die für eine Wende eingetreten sind.



Petra Bauer

Gedanken aus der Kanzlei Meine Arbeit ist wichtig....Für wen?

Unfassbar wie wichtig ich bin! ... oder?

Kennst du das als Leiter:in?

Ich war gestern im Krankenstand ... Kreuz verrissen ... Schmerzen ...

Egal ... zum Wesentlichen.

Nach einem um einen Tag verlängerten Wochenende und einem Krankenstandstag erwarten mich mehr als insgesamt 40 Mails im Outlook, zwei Nachrichten am AB, mehrere Klassenbücher zur Unterschrift, einige dienstliche Nachrichten am Privathandy (Die MA56?!? ist ja der Meinung, dass ich kein Diensthandy brauche ...), der Schulwart, zwei Lehrer:innen ... und es ist gerade 7:20.

Näher hingesehen ... nachdem ich die anstehenden lieben Menschen gesprochen hatte ... 2 Reisen in ESS zu bearbeiten, 5 Eingänge in iso-Web zu teilen, 4 Einträge in Wision zu lesen und für 5 Pädagog:innen Absenzen einzutragen ...

Währenddessen Telefonate ... Manch eine/r fragt dabei nach, warum ich denn so gar nicht erreichbar war ... und ich frage mich noch einmal: Bin ich denn so wichtig? Werde ich so sehr gebraucht?

Von den Menschen an der Schule schon immer wieder ... Soll ja so sein, ist mein Job, meine Aufgabe ... aber, liebe Kolleg:innen:

Alles andere ist nur die Folge der Verschiebung alter administrativer Arbeiten und der immer wieder neuer zusätzlicher Verwaltungsarbeit von Beamt:innen der Bildungsdirektion auf uns als Direktor:innen. Warum ist klar.

Dort muss man die Verwaltung "verschlanken". Das geht, in dem man Prozesse und Abläufe durchleuchtet und neu, effizient und ökonomisch aufstellt, oder indem man unendlich viel neue Formulare, Plattformen und Abläufe ständig dazu erfindet und sie dann Menschen additiv in ihren Arbeitskorb gibt, die ein All-In-Gehalt haben. Uns. Beamt:innen in der BD werden nämlich nach Stunden bezahlt, die mit einem Zeiterfassungssystem erfasst werden. Überstunden und/oder Zeitausgleich fallen an … Bei uns Leiter:innen nicht.

Billig, effizient ... Natürlich nicht für uns und damit automatisch für die Kolleg:innen für die wir Fürsorgepflicht haben. Natürlich auch nicht für die Schüler:innen, die uns anvertraut sind.

Denn diese - mit Ihren Eltern - brauchen unsere uneingeschränkte Zuwendung. Unsere Energie. Administration muss nebenbei in routinemäßigen Abläufen erledigbar sein. Das ist das 1x1 von Organisationsführung. Falls ich jemals eine Sekretärin bekomme, die eingeschult auf sämtliche Verwaltungsaufgaben alles in diesem Bereich übernehmen kann, soll es mir Recht sein...
Bis dahin:

Meine Arbeit ist wichtig ... Für wen?

Gerücht oder Wahrheit? Stimmt das überhaupt?

Manch Sichtweise hält sich hartnäckig im Schulalltag.
Doch es lohnt sich, genauer hinzuschauen und zu fragen:
Stimmt das überhaupt?
Heute unterziehen wir folgendes Gerücht
einem (dienst)rechtlichen Faktencheck:

Elisabeth

Elisabeth Tuma, Bed

Müssen Lehrer:innen bereits um 7 Uhr 30 in der Schule sein?

Hintergrund:

Nachfolgende Stelle aus dem Aufsichtsparagrafen § 51 (3) SchUG wird stets missinterpretiert:

"Der Lehrer hat nach der jeweiligen Diensteinteilung die Schüler in der Schule auch 15 Minuten vor Beginn des Unterrichtes, …zu beaufsichtigen."

Jene Lehrpersonen, die zur Aufsicht eingeteilt sind, haben um 7.45 pünktlich in der Klasse/ am Gang zu sein. Daraus für alle Lehrpersonen eine Anwesenheitspflicht 15 min vor 7:45 abzuleiten, ist rechtswidrig.

§ 31 (1) LDG

"Der Landeslehrer ist zur Erteilung regelmäßigen Unterrichtes (Unterrichtsverpflichtung bzw. Lehrverpflichtung) sowie zur Erfüllung der sonstigen aus seiner lehramtlichen Stellung sich ergebenden Obliegenheiten verpflichtet und hat die vorgeschriebene Unterrichtszeit einzuhalten."

Daraus ist klar ersichtlich, dass die Lehrperson ihren Stundenplan zu beachten hat und es ergibt sich mit Hausverstand, dass ein Betreten des Schulgeländes um 8 Uhr einen pünktlichen Unterrichtsbeginn nicht ermöglicht, eine Präsenz ab 7:30h zur Erfüllung des Dienstrechts aber sicherlich nicht notwendig ist. Auch die nötigen Vorbereitungen müssen zeitlich nicht in der Früh erfolgen.

Daraus ergibt sich:

Es besteht keine aus dem Gesetz abzuleitende Anwesenheitspflicht ab 7 Uhr 30.

IMPRESSUM:
Medieninhaber: FSG-GÖD, 1010 Wien,
Teinfaltstraße 7
Herausgeber: MMag. Dr. Thomas Bulant, 1010 Wien,
Schenkenstraße 4/5,
e-mail: thomas.bulant@fsg-pv.wien,
Tel.: +4369919413999
Redaktion: Mag. Roland Csar, Wolfgang Faulhammer
Grafisches Konzept: Christoph Träumer

Layout: Mag. Roland Csar Adresse: 1010 Wien, Schenkenstr. 4/5. Stock, Tel.: 01 53 454/567, e-mail: office@fsg-pv.wien, Internet: www.fsg-pv.wien Hersteller: Gerin Druck GmbH., Gerinstraße 1-3, 2120 Wolkersdorf; gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier (G-Print), empfohlen von GREENPEACE.



Silvia Breitsprecher

Traurig, dass wir sie verloren haben, dankbar, dass wir sie gehabt haben,..

Dieser Text auf der Parte trifft unsere Betroffenheit und Trauer um unsere langjährige Kollegin Silvia Breitsprecher, die am 22. Juni 2023 viel zu früh gehen musste.

Sie war eine herzensgute Lehrerin und höchst engagierte Gewerkschafterin.

Viele Jahre war sie Mitglied im Dienststellenausschuss Ottakring und hatte immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Kolleg:innen in den Schulen. Als Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses Ottakring war sie eine Kämpferin in Frauenthemen, besonders in der Anrechnung für Kindererziehungszeiten und Genderpolitik.

In der GÖD war sie Bereichsleiterin für "Bildung" und für die FSG-GÖD als Mobbing-Beraterin tätig.

Für sie war SOLIDARITÄT das wichtigste Prinzip der Gewerkschaftsarbeit. Sie wurde nicht müde, immer wieder auf die Errungenschaften der Gewerkschaft hinzuweisen, die es ohne Gewerkschaft nicht geben würde, z.B. Mutterschutz und Karenz, Kollektivverträge, bezahlter Krankenstand, Urlaub, Pflegefreistellung u.v.a.m.

Mit einem stillen letzten Gruß und voll Mitgefühl für ihre Lieben:
Ruhe sanft!

SCHLUSS MIT LUSTIG

Widrige Arbeitsbedingungen treiben Lehrpersonen aus den Schulen.

FSG fordert von Polaschek auch für im Dienst befindliche Lehrkräfte einen "KLASSE JOB".

Die Schule funktioniert nur dann, wenn die Arbeitsbedingungen den Lehrkräften einen KLASSE JOB ermöglichen. Seit rund zwei Jahrzehnten vernachlässigt die Bildungspolitik aber die Bedürfnisse an den Schulen. Insbesondere die Pflichtschulen haben zum Regelbetrieb immense Zusatzaufgaben zu tragen, ohne dafür finanziell und personell ausgestattet worden zu sein. Der inklusive Unterricht von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist mit der Hälfte an notwendigen Ressourcen zu stemmen. Die Integration multikultureller Zuströme wird durch einen Ressourcendeckel in der Sprachförderung erschwert. Den Unterricht in kleinen Lerngruppen müssen sich die Schulen selbst finanzieren, weil die dafür nötigen Ressourcen mit der Schüler:innenanzahl von 2012 eingefroren worden sind. Pädagogische Reformprojekte werden durch den Ressourcenmangel abgedreht, bevor ihre Bedeutung für den Standort evaluiert werden konnte. Die Pädagoginnen und Pädagogen an Pflichtschulen sind es leid, immer einspringen zu müssen, wenn die Schulen gesellschaftliche Probleme abfedern sollen, ohne dabei unterstützt zu werden.

Vor 20 Jahren haben ÖVP und FPÖ den pragmatisierten Lehrpersonen ihre Beamtenpension geraubt, ohne im Gegenzug eine Abfertigungskasse zu schaffen, und allen Lehrkräften das Pensionsantrittsalter auf 65 Jahre erhöht, ohne weitere Biennalsprünge im Gehaltsschema einzuziehen. Auf den Einsatz von multiprofessionellen Teams für die Schulsozialarbeit, die Schulpsychologie und die medizinische Pflege chronisch kranker Kinder sowie die Therapie traumatisierter Flüchtlinge warten die Schulen seit Jahren vergeblich. Während rückläufige Ressourcen einst mühsam erarbeitete pädagogische schulautonome Konzepte verunmöglichen, überhäufen das Ministerium und seine Bildungsdirektionen die Schulen mit immer neuen Aufgaben. Demzufolge sinkt gerade bei jenen 25.000 Lehrpersonen, die bis 2030 in den Ruhestand übertreten können, die Lust bis zum 65. Lebensjahr im Schuldienst zu verbleiben.

Ob diese Gruppe mit 65 oder bereits mit 62 ihre Pension antritt, wird über die Funktionsfähigkeit unseres Schulsystems entscheiden.

Daher fordern Karin Medits-Steiner und ihr FSG-GÖD-ZV-Team von der Bundesregierung schnell Maßnahmen:

- Entweder führt die Bundesregierung weitere Gehaltsstufen bis zum Regel pensionsalter oder wertschätzende Dienstzulagen für einen Verbleib im öffentlichen Dienst ein!
- Ohne Unterstützungsmaßnahmen im Schulalltag können Lehrkräfte das schulische Pflichtprogramm nicht mehr gewährleisten. Das nicht für den Schulbetrieb ausgerichtete Serviceportal des Bundes muss entweder anwenderfreundlicher durch das Bundeskanzleramt gestaltet werden oder die Eingaben haben durch geschultes Administrationspersonal zu erfolgen, wie das an vielen Dienststellen im Bund üblich ist. Die bisher von Lehrkräften geleistete Sozial- und Therapiearbeit ist durch dafür ausgebildete Kräfte zu leisten. Das Ministerium und die Länder haben dazu verbindliche Vereinbarungen zu treffen.
- 3) Lehrkräfte, die an Indexschulen, also Schulen mit heterogenen Herausforderungen, besonderen Belastungen ausgesetzt sind, sind zusätzlich zu entlohnen!
- 4) Lehrkräfte, die in der Sonderpädagogik im Einsatz sind, müssen die für ihren Berufsbereich entsprechende Wertschätzung sowie die notwendigen Unterstützungs- und Schutzeinrichtungen erhalten.

Wir sind keine Bittstellerinnen und Bittsteller, sondern wir gestalten die Zukunftschancen für dieses Land. Wenn die Bundesregierung unseren Forderungen nicht entsprechen kann, müssen wir uns gewerkschaftlich organisieren: Dienststellenversammlungen, Demonstrationen, Dienst nach Vorschrift, Streik. Einen KLASSE JOB allein zukünftigen Lehrkräften zu versprechen, ist zu wenig. Minister Polaschek hat ihn für die im Dienst befindlichen Lehrkräfte und Schulleitungen zuerst zu garantieren.





